Zeitschriften-Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **71 (1979)**

Heft 9

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Spaniens Sozialisten auf der Suche nach einem Programm

Die PSOE, die sozialistische Partei Spaniens, wurde bereits 1879 gegründet. Trotzdem ist sie eine junge Partei, denn die 40 Jahre Franco-Faschismus haben ihre Kontinuität gebrochen. Die allerwenigsten der 15 000 aktiven Funktionäre und der 200 000 Mitglieder war schon vor der Francozeit aktiv. Die PSOE steckt zur Zeit in einem eigentlichen Stadium der Wiedergeburt und kann daher auch nur schwer mit den doch sehr pragmatischen sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Nordeuropas verglichen werden.
Ausführlich und sehr informativ berichtet Erich Weisbier in der August-Nummer der *«Zukunft»* (Wien), dem Monatsorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, über die Probleme und Schwierigkeiten der PSOE. Im Zentrum seines Beitrages steht der 28. Parteitag der PSOE vom vergangenen Mai. An diesem Parteitag kam es zu erbitterten Wortgefechten um das Verhältnis der Partei zum Marxismus. Den Höhepunkt der Auseinandersetzung bildete der Antrag der Genossen aus Asturien, der unter anderem verlangte, dass sich die PSOE als «Partei der Klasse, der Massen, marxistisch, demokratisch und förderalistisch» deklariere. Alle Versuche, diese und ähnliche Formulierungen etwas zu entdogmatisieren, scheiterten. Bei einer schwachen, kaum mehr repräsentativen Parteitagsbesetzung wurde – morgens um 2 Uhr – dann auch den Anträgen Asturiens zugestimmt. Dies veranlasste in der Folge den bisherigen Generalsekretär, Felipe Gonzalez, seinen Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur bekanntzugeben. Weisbier beschliesst seine Arbeit mit einer kurzen Vorschau auf den kommenden Parteitag der PSOE, der bereits im September stattfinden und an dem eine Statutenänderung beschlossen werden soll: «Die Parteitagsdelegierten werden nun nicht mehr direkt von den Grundorganisationen, sondern auf Provinzkonferenzen gewählt, woduch die Delegierung nicht mehr so sehr vom Zufall abhängig ist.»

Grossbritannien nach dem konservativen Wahlsieg

Für Sozialisten und Gewerkschafter war die Wahlniederlage der von 1974 bis 1979 regierenden Labour Party ein zwar weitgehend erwarteter, aber doch harter Schlag. Über die Gründe dieser Niederlage streiten sich in England der rechte und der linke Parteiflügel. Bei den uns bekannten Argumenten dominieren aber in erster Linie Beschuldigungen und Rechtfertigungen, die sehr oft nur an der Oberfläche der Probleme hängen bleiben. In der Sommerdoppelnummer 7/8 der österreichischen Gewerkschaftsmonatsschrift *«Arbeit und Wirtschaft»* (Wien) versucht nun der in London lebende Publizist J. W. Brügel – übrigens auch Mitarbeiter der Gewerkschaftlichen Rundschau – in einem grösseren Beitrag einige Gründe für die Niederlage der Labour Party eingehender zu erläutern und auch gleichzeitig einige Schwerpunkte aus dem Regierungsprogramm der siegreichen Konservativen Partei, unter Führung von Margaret Thatcher, herauszuarbeiten.

Grösserer Schutz für Kulturschaffende

Ebenfalls in der Doppelnummer 7/8 von *«Arbeit und Wirtschaft»* findet sich ein Bericht über den 9. Kongress der österreichischen Gewerkschaft «Kunst, Medien, freie Berufe». An diesem Treffen wurde ein kulturpolitisches Konzept beschlossen, das eine Reihe von Forderungen enthält, die auch bei uns einer breiteren Diskussion bedürften, so die Forderung nach einer zusätzlichen Entschädigung der Urheber und Interpreten bei Ausstrahlungen durch das Kabelfernsehen, der Kampf gegen den Missbrauch in der Reprographie, deren stürmische Entwicklung immer mehr Autoren und Verlage um ihre Tantiemen bringt, die Forderung nach dem Bibliotheksgroschen sowie die Frage der Heraufsetzung der Urheberrechtsdauer. Diese ist in der Schweiz noch auf 50 Jahre (nach dem Tode des Autors) beschränkt. Zurzeit wird hauptsächlich aus Verlegerkreisen ein Druck ausgeübt, dass dieser

Zeitraum entsprechend einiger anderer Staaten von 50 auf 70 Jahre verlängert wird. Für Sozialisten, die ohnehin schon mit einem allzu grosszügig interpretierten Erbrecht Probleme haben, dürfte diese Forderung nicht ganz verständlich sein, besonders wenn man bedenkt, dass ein Autor ein Werk mit 30 schreiben und publizieren kann, ein Alter von 80 Jahren erreicht und somit sein Werk 120 Jahre lang geschützt wäre. In diesem Punkt wirft nun die österreichische Gewerkschaft die Forderung auf – was die Angelegenheit sympatischer machen würde –, ob nicht die letzten 20 Jahre des Urheberrechtsschutzes einer sogenannten «domain public payant» zugute kommen sollte. Dies würde bedeuten, dass die Erträgnisse aus den Werken eines Urhebers nicht mehr dessen Erben, sondern im Rahmen eines Kulturfonds allen Kulturschaffenden zugute kommen würden. Ein weiteres Problem, dessen Behandlung bei uns noch in den Kinderschuhen steckt, ist das sogenannte Folgerecht. Hier geht es darum, dass der Bildende Künstler «entweder am Veräusserungserlös oder am Mehrerlös beteiligt wird, den das Werk bei einer Weiterveräusserung erzielt. Damit wird verhindert, dass ein junger Künstler, der Kunsthändlern in Unwissenheit der Rechtslage und in Unkenntnis des Verkaufspreises, den er anlässlich von Ausstellungen oder Auktionen erzielen könnte, ein Werk verkauft, mit einem geringen Kaufpreis übervorteilt wird, während die Kunsthändler dieses Werk mit riesigem Gewinn weiterverkaufen können.»